

Kommentare

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **61 (1981)**

Heft 2

PDF erstellt am: **17.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

KULTURPOLITIK – DAS GRÖSSERE DEFIZIT

Die kranken Bundesfinanzen und die eidgenössische Schuldenwirtschaft geben seit Jahren Anlass zu Kritik und Klagen. Möglicherweise sind sie zugleich einer der Gründe, warum ein Defizit, das ungleich grösser ist (und freilich die Gemeinden und Kantone womöglich stärker betrifft als den Bund), nicht wahrgenommen oder aus dem Bewusstsein verdrängt wird: das Defizit an Kulturpolitik. Der Begriff ist unklar, die Meinungen sind kontrovers, und ausserdem geht es da um Inhalte, über die man nicht pragmatisch verfügen kann. Finanzpläne kann man zur Not auch dann aufstellen, wenn die Kasse leer ist; Kultur, verstanden nicht als etwas Denkmalwürdiges und also Totes, entzieht sich dem planenden Zugriff. Man kann ihr nur Räume schaffen, ein günstiges Klima, und im Grunde wäre nichts dringender als das. Denn eine Zeit, in der das Spezialistentum, die Verselbständigung der verschiedenartigsten Zwecke, die Entfremdung der Generationen und das Zerbrechen des gesellschaftlichen Ganzen in seine Teile allenthalben zu beobachten sind, bedarf integrierender Bemühungen, bedarf des kontinuierlichen Gesprächs, der Auseinandersetzung mit Fragen der Gegenwart. Das alles leistet Kultur, wenn man sie versteht als den Versuch, den «Zusammenhang des Gleichzeitigen» immer aufs neue herzustellen. Für eine lebendige Demokratie ist die Lösung dieser Daueraufgabe lebensnotwendig. Aber

wenn der Ruf nach Kulturpolitik, die diesen Namen verdient, hierzulande überhaupt wahrgenommen wird, zeigen die Antworten, dass es mit dem Verständnis hapert. Es wird zum Beispiel geltend gemacht, so gering sei eigentlich nicht, was angesichts angespannter öffentlicher Haushalte immerhin für Theater, Konzerte, Museen, literarische Auszeichnungen, Kunstpreise und anderes aufgewendet werde. Und daran schliesst sich meist noch die Bemerkung an, weitergehende kulturelle Postulate seien der Prioritäten wegen im Augenblick nicht erfüllbar. Es gibt eine Reihe von Gründen dafür, warum auf kommunaler, kantonaler und schliesslich auch auf Bundesebene immer wieder unterblieben ist, was die Voraussetzung für kulturpolitische Aktivität wäre. Wenn es bei uns auf diesem Gebiet so gut wie keine Entwicklungspläne gibt, so darum, weil – bei aller Bereitschaft zur Förderung von Kunst und Literatur – eben ein auf Kunst, Theater und Literatur eingeschränkter Kulturbegriff hartnäckig fortbesteht, was erst noch ermöglicht, auf die Notwendigkeit grösstmöglicher «Staatsferne» der Kultur und auf die Freiheit des Schaffens hinzuweisen.

Das ist natürlich nicht falsch, aber es ist ein anderes Thema. Übrigens muss man die Kantone, traditionellerweise die Inhaber der Kulturhoheit, dafür loben, dass sie vielleicht die hoffnungsvollsten kulturpolitischen Ansätze zeigen. Einige von ihnen

haben sich Kulturförderungsgesetze gegeben und verfolgen eine Praxis, die sich nicht einfach in der Subventionierung althergebrachter kultureller Institute erschöpft. Aber im grossen ganzen sind die Bemühungen bis heute ungenügend geblieben, die sich auf die Erarbeitung konkreter politischer Konsequenzen aus bekannten Tatsachen richten. Wenn nämlich Kultur – wie man eigentlich nicht erst unter dem Eindruck aktueller Ereignisse erkennen sollte – sämtliche vom Menschen unternommenen geistigen und gestalterischen Anstrengungen umfasst, die eine ursprünglich lebensfeindliche Umwelt wohnlich machen, dann muss auch zugegeben werden, dass die hochentwickelte Zivilisation, die Leistungsgesellschaft, die Grossstädte insbesondere, schwere Bedrohungen dieser Wohnlichkeit hervorgebracht haben, Umweltschäden sowohl wie Erstickungsgefahren für die Kommunikation, Aushöhlung der gestalterischen Aktivitäten des Einzelnen oder der Gruppe. Kulturpolitik müsste heute darum mehr und anderes heissen, als für Kunstpreise und Literaturpreise zu sorgen, Theater und Oper zu subventionieren und andere traditionelle Gepflogenheiten weiterzuführen. Kulturpolitik müsste sich gerade auf dem Felde betätigen und bewähren, das noch unbestellt ist: auf der «Zivilisationswüste» sozusagen. Und dabei wäre selbstverständlich nach Möglichkeiten und Ideen zu suchen, die es erlauben, die bereits etablierte und ausgebaute kulturelle Aktivität beizuziehen und sie für die Lösung von Aufgaben der Gegenwart und Zukunft fruchtbar zu machen. Ein Theater zum Beispiel, das nicht soziale, gesellschaftliche, politische

Probleme in seinen Produktionen zur Diskussion stellt, entzieht sich einem wichtigen Bestandteil seiner Verpflichtung.

Als die Kommission Clottu in den Jahren 1969 bis 1975 ihrem Auftrag nachging, nach Erstellen eines Inventars der kulturellen Ausrüstung unseres Landes auch «*die gegenwärtige kulturpolitische Situation der Schweiz*» zu würdigen und Vorschläge für eine künftige Kulturpolitik des Bundes zu entwerfen, waren derartige Einsichten bekannt und fanden denn auch in die Überlegungen und selbst in den Schlussbericht der Kommission Eingang. Zum Beispiel wird da zitiert, was der Rat für kulturelle Zusammenarbeit des Europarates sehr deutlich formuliert hat: «*Geht man vom traditionellen Kulturbegriff aus, so führt eine solche Kulturpolitik fast ausschliesslich nur zu einem gesteigerten Kulturgenuss der gebildeten Klasse: so wertvoll das auf seine Art ist, trägt es aber doch fast nichts bei zur kulturellen Weiterentwicklung der gesamten übrigen Bevölkerung.*» Um so verwunderlicher ist die vollständige Abwesenheit von Konsequenzen aus derartigen Erkenntnissen in der Auswertung und Deutung der Erhebungen der Kommission, die sich freilich vorwiegend auf Bestehendes, nicht aber auf die «gegenwärtige kulturpolitische Situation der Schweiz» ausrichteten. Diese nämlich wäre etwas anders zu beschreiben gewesen, näher an den zum Beispiel in der mittelländischen Bandstadt oder eben auch in den grossen Zentren in Wirklichkeit bestehenden Verhältnissen. In einer kritischen Würdigung des Clottu-Berichts schrieb ich («Schweizer Monatshefte», Mai 1976), ob ein Land

Kultur habe und welches genau seine kulturpolitische Situation sei, könne man nicht damit beantworten, dass man die Anzahl der Künstler und ihre materielle Lage, die Existenz eines beachteten Schrifttums, den Ruhm einiger Bühnen oder Opernhäuser (und die Höhe der dafür aufgewendeten Subventionen) feststelle. Wer heute nach der kulturellen Situation frage, verlange Auskunft über Zusammenhänge. Man wolle zum Beispiel wissen, wie die genannten Spitzenerscheinungen in die Gesellschaft integriert seien und inwiefern man sagen könne, sie hätten erkennbare Wirkung und dankten ihre Existenz nicht vorwiegend einem Bedürfnis nach internationalem Prestige. Gefragt sei ein Gesamtzustand: *«Kultur wird nicht mehr einfach als das Höhere und Geistige verstanden, sondern als die Art und Weise, wie es Politik, Bildungswesen, soziale Zustände, Freizeit und den Gebrauch, der davon gemacht wird, durchdringt.»* Damit wurde auf ein Kulturverständnis verwiesen, das etwa in den Formulierungen der Unesco-Konferenz von 1970 in Venedig Ausdruck gefunden hat und das auch zum Beispiel den kulturpolitischen Konzepten des Werks *«Landschaftsstadt»* zugrunde liegt (1972, hrsg. von der Schweizerischen Bankgesellschaft im 100. Jahr ihres Wirkens im Aargau). Darin ist Kultur als die Gesamtheit aller Lebensbekundungen definiert, sowohl im privaten wie im beruflichen und öffentlichen Bereich, die darauf abzielen, die natürlichen Fähigkeiten des Menschen zu entfalten, neben Kunst und Wissenschaft also auch Erziehung und Weiterbildung, Gestaltung der Umwelt, Information und

Kommunikation. *«Kultur ist Tätigkeit»*, heisst es da, *«Auseinandersetzung, Bewegung – nicht passiver Genuss.»* Das war 1972 alles andere als revolutionär, es war einfach eine Zusammenfassung und Neuformulierung längst durchdiskutierter Veränderungen des Kulturverständnisses.

Aber als der Clottu-Bericht 1975 erschien, waren Spuren des damaligen Standes der Diskussion zwar in dem gewichtigen Dokument eidgenössischen Kommissionsfleisses durchaus auszumachen: aber in der Interpretation und Deutung der gesammelten Fakten und vollends in der Ausarbeitung konkreter Vorschläge für eine Kulturpolitik des Bundes vermisst man leider die Konsequenzen, die daraus zu ziehen gewesen wären. Der Grund dafür liegt auch darin, dass es die Kommission unterlassen hatte, den tatsächlichen Veränderungen nachzugehen, weil ihre Fragebogen und insgesamt die Organisation ihrer Arbeit von einem Kulturverständnis bestimmt waren, das diese Veränderungen schon gar nicht in sein Gesichtsfeld bekam. So ist zum Beispiel die genaue Beschreibung schweizerischer Kulturregionen, die sich längst nicht mehr mit den Kantonsgebieten decken, vollständig vernachlässigt, genau so wie die Erforschung und Abgrenzung der Einflussgebiete, die Erforschung des Kulturverhaltens der Bevölkerung und ihrer Gruppen. Man vermisst Untersuchungen über den Zusammenhang (oder das beziehungslose Nebeneinander) zwischen der Basis und der Spitze kultureller Aktivitäten, über das Spannungsfeld zwischen demokratischer Quantität und individueller Qualität, von dem *Hugo Loetscher* einmal gespro-

chen hat. Dafür liest man im Clottu-Bericht dann so unreflektierte Sätze wie den vom «*kulturellen Wettstreit zwischen den Nationen*» oder von den «*kulturell sehr viel stärkeren Nachbarn*» der Schweiz, und gemeint kann damit ja eigentlich nur sein, dass etwa Frankreich oder die Bundesrepublik sehr viel mehr Geld für zentrale Kunstinstitute ausgeben können – ganz als ob es sich beim «*kulturellen Wettstreit*» um eine Art Europa-Cup handle.

Nun läuft ja inzwischen die Unterschriftensammlung für die Kulturinitiative, die wohl auch als neuer Anlauf nach der kaum noch diskutierten Übung mit der Kommission Clottu gedacht ist. Sie soll bewirken, dass wenigstens einige der Postulate aus dem Bericht aufgegriffen und verwirklicht werden. Der Bund soll durch einen Verfassungszusatz ermächtigt werden, kulturpolitische Aktivitäten da zu übernehmen, wo die Kantone überfordert sind. Doch lässt auch die Kulturinitiative den Kulturbegriff und das Kulturverständnis bedauerlicherweise im Unbestimmten. Was denn soll mit den allenfalls reichlicher fliessenden Mitteln gemacht werden? Und wer soll darüber befinden, wie sie sinnvollerweise einzusetzen seien? Nach welchen Kriterien, nach welchen übergreifenden Zielsetzungen könnte oder sollte das geschehen? Es heisst im Text der Initiative nur, die sprachliche und kulturelle Vielfalt der Schweiz sollten gewahrt, künstlerisches Schaffen und kulturelle Einrichtungen unterstützt werden, Kulturgüter und Denkmäler erhalten. Das ist, muss man leider sagen, das Landesübliche und daher – angesichts des Defizits an Kulturpolitik – kaum

das Rettende. Im Clottu-Bericht konnte *Jeanne Hersch* immerhin noch – wenn auch folgenlos für die Kommissionsarbeit – schreiben, eine lebendige Kultur nähre sich aus der Vergangenheit, inspiriere die aktuellen Entscheidungen, schaue und entwerfe die Zukunft. Gute Kulturpolitik müsse daher die Menschen zur Kenntnis und Untersuchung der wichtigsten Gegebenheiten der zeitgenössischen Welt anregen und die Suche nach neuen Lösungen ermutigen, welche geeignet seien; die Freiheit und die Verantwortung jedes einzelnen zu erweitern. Die Frage stellt sich – in Zürich zum Beispiel – mit einiger Dringlichkeit, wo denn nun eigentlich die Ansätze zu einer ungefähr diesen Zielsetzungen entsprechenden Kulturpolitik geblieben seien. Was offensichtlich fehlt, ist nicht bloss die eine oder die andere Ausrüstung einer den kulturellen Bedürfnissen dienenden Infrastruktur. Es fehlt an Planungen, an Vorstellungen und Konzepten einer kontinuierlichen Entwicklung, an klar definierten Zielen.

Dabei gibt es eine Fülle von Studien zum Thema, seit einigen Jahren auch schon konkrete Kultur-Entwicklungspläne für grössere Stadtgemeinden – aber (soviel mir bekannt) nicht in der Schweiz. Lesenswert und voller Anregungen ist das Buch, das *Hilmar Hoffmann* unter dem vielleicht etwas schlagwortartigen Titel «*Kultur für alle*» 1979 veröffentlicht hat (S. Fischer Verlag). Der Frankfurter Kulturdezernent führt darin aus, wir dürften nicht einfach in Ehrfurcht vor Dürer, Bach und Beethoven sitzen bleiben, sondern müssten Interesse aufbringen für die Gegenwart, für die

Notwendigkeiten der Erwachsenenbildung, der Bildungshilfe, der Schulreformen und der Umweltprobleme. Ein Kommunalpolitiker nämlich, der sich der Kulturpolitik widmen wolle, dürfe sich nicht einfach als Lobbyist der Kunst betätigen, sondern müsse – ohne Parteipolitik im engeren Sinne zu betreiben – für alle Bevölkerungskreise wirken. Wichtig ist daher, dass die Kulturbedürfnisse der verschiedensten Zielgruppen erforscht werden. Von solchen Prämissen ausgehend, beschreibt Hoffmann die kulturpolitischen Ziele und Tendenzen seiner Stadt und versucht, die vielfältigen Aktivitäten des Gemeinwesens im Zusammenhang zu sehen.

Eine in dieser Hinsicht imponierende Arbeit ist der *«Kultur-Entwicklungsplan der Stadt Osnabrück 1976—1986»*, im Selbstverlag der Stadt erschienen und verfasst von einem Gremium, in welchem der Bildungspolitiker, der Schulleiter, der Konservatoriumsdirektor und der Intendant der städtischen Bühnen, der Museumsleiter und der Bibliothekar zusammen mit den Vertretern der Verwaltung daran gegangen sind, in interdisziplinärer Zusammenarbeit Ziele zu formulieren und Realisationen vorzuschlagen, die einen konkreten Kultur-Entwicklungsplan ergeben. Das Buch geht von den Empfehlungen des Deutschen Städtetages 1973 aus, welcher der Kulturarbeit auf kommunaler Ebene das Ziel gesetzt hat, der Entfaltung und Entwicklung der sozialen, kommunikativen und ästhetischen Möglichkeiten und Bedürfnisse aller Bürger zu dienen. Auch hier also wird der neue Begriff der *«Soziokultur»* angewandt, und die Tätigkeitsgebiete zeitgemässer Kultur-

politik werden wie folgt aufgefächert: Kulturpolitik hat Bildung zu vermitteln, Kommunikation zwischen Einzelnen und Gruppen zu fördern, Unterhaltung und Erholung für alle zu gewährleisten. Besonders seien dabei auch Aktivitäten zu berücksichtigen, die zu kreativer Eigentätigkeit anleiten. Ausserdem seien Bevölkerungsgruppen, die von der bisherigen Kulturarbeit noch nicht erreicht werden konnten, gezielt anzusprechen.

Immer wieder muss man feststellen, dass hierzulande Vorurteile und entschiedene Abneigung gegen Begriffe wie *«Soziokultur»* und *«Kulturarbeit»* eine offene Diskussion über dringende, vor allem kommunalpolitische Postulate erschweren oder gar verunmöglichen. Trotzdem steht ausser Frage, dass diese Begriffe höchst wichtige und nachgerade brisante Sachverhalte berühren. Die Aufgabe zum Beispiel, Jugendliche sowohl wie Senioren, Fremdarbeiter, Behinderte, Randgruppen eben in den Gesamtzusammenhang kulturell durchwirkter Gegenwart einzubeziehen, ist zur Bewährungsprobe geworden. Wir können uns das Defizit an Kulturpolitik länger nicht leisten. Und es kann sich nicht einfach darum handeln, auf kommunaler, kantonaler und schliesslich auf Bundesebene nach reichlicher fliessenden Förderungsbeiträgen zu rufen. Es geht darum, das viel grössere Defizit an Ideen und Konzepten, an Kultur-Entwicklungsplänen für unsere Städte und Regionen auszugleichen und sichtbar zu machen, dass Kulturpolitik weit mehr ist als eine ehrenvolle Nebenbeschäftigung, nämlich eine Voraussetzung dafür, dass wir – mit Worten von *Pierre Emmanuel* von der *Académie fran-*

çaise – ein «*qualitatives Wachstum*» dem quantitativen entgegenzusetzen haben. Emmanuel veröffentlichte im Februar 1973 in der Zeitung «*Le Monde*» seinen Essay über «*La Dimension négligée*», in welchem er für eine grosszügige und zielgerichtete Kulturpolitik plädiert und deren Aufgaben auf ebenso einfache wie richtige Weise mit dem Auftrag umschreibt, «*une manière d'être ensemble*» zu finden, also Räume zu schaffen, Be-

gegnung zu erleichtern, den Zusammenhang erlebbar und sichtbar zu machen. Auch hier also wird Kultur verstanden als die Qualität des Zusammenlebens und Zusammenwirkens, was uns an *Karl Schmid* erinnert, der beigefügt hätte: «*Nicht so sehr den Geist meinend, der über den Dingen schwebt, als jenen, in dem man die öffentlichen Dinge behandelt und betreut.*»

Anton Krättli

IRLAND IM WANDEL

Die Republik Irland hat in den letzten zwanzig Jahren eine erstaunliche Entwicklung durchgemacht. Das Land erlebte einen starken wirtschaftlichen Aufschwung, verwandelte sich von einem Agrarland in ein Industrieland und emanzipierte sich von Grossbritannien, dessen nachbarliche Übermacht es in wirtschaftlicher Hinsicht auch nach der 1921 erlangten Unabhängigkeit noch als drückend empfunden hatte. Die Entwicklung wurde stimuliert durch den Anfang 1973 vollzogenen Beitritt zur EG. Allerdings ist Irland unter den Partnerstaaten der EG immer noch das ärmste Land, und wegen der weltweiten Rezession sind seine wirtschaftlichen Aussichten für die unmittelbare Zukunft nicht rosig; aber verglichen mit früher, als Irland das Armenhaus Europas war und seiner Jugend überhaupt keine Zukunft zu bieten vermochte, steht das Land heute viel besser da. Ein Wohlstand breitet sich aus, von dem nicht nur der traditionell besser gestellte Osten, sondern auch die übrigen Landesteile erfasst wer-

den. Der Lebensstil der Bevölkerung gleicht in zunehmendem Masse dem in den andern westlichen Staaten. Das Auto, der Fernsehapparat und die Auslandsferien gehören allmählich zur Norm. Die Entwicklung bewirkte soziale Umschichtungen, zum Beispiel eine Abwanderung vom Land in die Stadt. Das wiederum schuf soziale Probleme. Mit ihnen muss sich in diesem «katholischsten aller Länder» nicht nur der Staat und die Gesellschaft, sondern auch die Kirche auseinandersetzen. Der Einfluss der Kirche ist immer noch stark, aber nimmt ab. Der Nordirlandkonflikt seinerseits verlor in der Republik wegen der verbesserten Wirtschaftslage an Dringlichkeit. Wohl wünscht die Bevölkerung nach wie vor die Wiedervereinigung, aber als Fernziel; sie befürchtet, dass gegenwärtig die Vereinigung mit der wirtschaftlich und politisch stagnierenden Nordprovinz den Süden zurückbinden würde. Der wirtschaftliche Aufschwung und die Emanzipation von Grossbritannien stärkte schliesslich das Selbstbewusst-

sein des Volkes. Jahrhundertlang hatten die Engländer es gedemütigt; jetzt genossen es die Iren, als 1975 und erneut 1979 im Schloss von Dublin, wo einstmals der britische Statthalter residierte, ein britischer Premierminister als Bittsteller vor die unter irischem Vorsitz versammelten Regierungschefs der EG trat.

Doch plötzlich verlangsamte sich 1979 der wirtschaftliche Aufschwung und kam praktisch zum Stillstand, jedenfalls vorderhand. Eine hemmungslos inflationäre Stimulierungspolitik, die die Regierung 1977 zur Arbeitsbeschaffung eingeschlagen hatte, schuf zusammen mit der weltweiten Rezession ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die Staatsausgaben und das Geldmengenwachstum gerieten ausser Kontrolle; die Inflation schnellte in die Höhe. Nach zwei Jahrzehnten überdurchschnittlich hohen Wirtschaftswachstums, in denen das Bruttosozialprodukt im Jahr durchschnittlich um 4 Prozent gewachsen war, geriet Irland in eine Stagflation. Das Bruttosozialprodukt nahm 1980 kaum noch zu, vielleicht um ein halbes Prozent. Das Investitionsvolumen ging um fast 9 Prozent zurück, die Inflationsrate liegt derzeit bei 18 Prozent, das Ertragsbilanzdefizit ist gross und der Kreditbedarf des Staates enorm und noch im Wachsen. Die Arbeitslosigkeit, die sich seit Jahren zwischen 8 und 12 Prozent bewegt, beträgt trotz grosser Anstrengungen des Staates zur Arbeitsbeschaffung weiterhin 10 Prozent. Die neugeschaffenen Arbeitsplätze, zu deren Bereitstellung der Staat Jahr für Jahr gewaltige Summen ausgibt, reichen kaum dazu aus, um die durch den Strukturwandel

in der Industrie und der Landwirtschaft obsolet gewordenen Arbeitsplätze zu ersetzen und mit der Bevölkerungszunahme Schritt zu halten. Die Bevölkerungszunahme betrug im vergangenen Jahrzehnt 1,5 Prozent jährlich – die höchste Rate in der EG.

Charles Haughey

Verwöhnt von den vorangegangenen fetten Jahren begann 1979 das Volk, als es sich plötzlich vor wirtschaftliche Schwierigkeiten gestellt sah, zu murren. Bei einer Reihe von Nachwahlen ins Parlament unterlag die Regierungspartei. Dadurch aufgeschreckt, ersetzte die Partei im Dezember 1979 den abgebraucht wirkenden Premierminister Jack Lynch, der 13 Jahre lang Parteichef und 9 Jahre Premierminister gewesen war. An seine Stelle wählte die Parlamentsfraktion der Partei den jüngeren, unternehmungsfreudigen und im Geschäftsleben erfolgreichen Charles Haughey. Die Partei hoffte, dass Haughey die aufgetretenen Schwierigkeiten im Handumdrehen meistern werde. Diese übertriebenen Erwartungen wurden zwangsläufig enttäuscht. Haughey vermochte kein Wunder zu vollbringen. Seine Stellung in der von Rivalitätskämpfen aufgewühlten Partei wurde deshalb schon wenige Monate nach seinem Amtsantritt wackelig. Sie ist im vergangenen November wieder gestärkt worden, als er der Partei bei einer Nachwahl durch seinen intensiven Einsatz als Wahlkampflokomotive zu einem überzeugenden Erfolg verhalf. Spätestens in anderthalb Jahren muss Haughey Gesamterneue-

rungswahlen ansetzen; möglicherweise wird er das nun, ermutigt durch den Nachwählerfolg vom November, früher tun, vielleicht schon im kommenden Frühjahr oder Sommer.

Der 55jährige Haughey ist ein geschickter und populärer Politiker. Er begann als Advokat und schuf sich später als Geschäftsmann ein grosses Vermögen. Er besitzt unter anderem ein Gestüt und eine private Ferieninsel vor der Südwestküste Irlands. Von seinem Vorgänger Lynch unterscheidet er sich stark. Lynch war ein behutsamer Politiker, arbeitete hauptsächlich hinter den Kulissen, paktierte ständig und legte sich nie endgültig fest. Seine öffentlichen Äusserungen waren stets vieldeutig und liessen alle Türen offen. Auf diese Weise tastete er sich an sein Ziel heran, das er dann auch meistens erreichte. Haughey ist eine forschere Natur, geht geradewegs auf sein Ziel los, aber ist weniger besonnen, weniger vor Fehlentscheidungen gefeit als Lynch. In den Regierungsjahren, die er innehatte, erwarb er den Ruf eines hervorragenden Administrators. Wirtschaftspolitisch steht er für die freie Marktwirtschaft, für Fleiss und Leistung und dafür ein, dass das Volksvermögen geschaffen werden sollte, bevor man es verteilt. Ins Parlament kam er 1957 und wurde bereits vier Jahre später vom damaligen Premierminister Lemass, seinem Schwiegervater, zum Justizminister gemacht. Auf diesem Posten führte er einen energischen Kampf gegen die IRA (Irische Republikanische Armee), zweifellos von Lemass dazu angehalten. 1964 wechselte er ins Landwirtschaftsministerium über. Zwei Jahre später bewarb er sich um die Nach-

folge Lemass' im Amt des Parteichefs und Premierministers, doch die Fraktion wählte Lynch. Dieser machte Haughey zum Finanzminister. In diesem Amt schuf Haughey ein immer noch gültiges Gesetz, das alle in der Republik lebenden Künstler und Schriftsteller von der irischen Einkommenssteuer befreit.

1969 geriet Haughey als Finanzminister in Verdacht, den Waffenschmuggel der IRA nach Nordirland mit öffentlichen Geldern unterstützt zu haben. Lynch entliess ihn sofort aus der Regierung. Ein Gericht sprach ihn 1970 frei von aller Schuld, aber eindeutig geklärt wurde die Angelegenheit nie. Lynch war nicht bereit, ihm die Rückkehr ins politische Leben zu erleichtern. In geduldiger Kleinarbeit schuf sich dann Haughey eine politische Basis im Fussvolk der Partei, indem er unermüdlich das Land bereiste, überall Reden hielt und den Leuten mit Rat und Tat über ihre Sorgen hinweghalf. 1975 besass Haughey eine solche Popularität im Land, dass Lynch, damals Oppositionsführer, gezwungen war, ihm wieder einen Posten an der Parteispitze zu geben. Zwei Jahre später machte ihn Lynch, an die Regierung zurückgewählt, zum Minister für Gesundheit und soziale Dienste. Als Haughey 1979 die Nachfolge Lynchs antrat, erwartete die britische Regierung in Erinnerung an die Waffenschmuggelaffäre von 1970 eine Verschärfung der Nordirlandpolitik Dublins. Doch Haughey beschritt diesen Weg nicht. Er reiste kurz nach seinem Amtsantritt nach London und stellte dort nach Aussagen beider Seiten ein ausgezeichnetes Verhältnis zu Frau Thatcher her.

Kampf gegen die Stagflation

Haughey übernahm 1979 von Lynch ein schweres Erbe. Mitte der siebziger Jahre hatte Irland die weltweite Rezession besser als die meisten andern westlichen Staaten überstanden. Ermutigt durch diesen Erfolg und dadurch, dass die Wirtschaftstätigkeit in der Welt wieder zunahm, plädierte Lynch 1977 als Oppositionsführer für ein forciertes Wirtschaftswachstum zur Arbeitsbeschaffung. Er wollte das Wachstum mit massiven staatlichen Geldinjektionen auf 7 Prozent jährlich steigern, um pro Jahr 20 000 bis 30 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, und zwar netto, also zusätzlich zur Ersetzung der als obsolet dahinfallenden Stellen. Nach der Initialzündung sollten die öffentlichen Ausgaben wieder gesenkt und die Inflationsrate auf 5 Prozent heruntergebracht werden. Mit diesem Programm, das die Fachleute als völlig unrealistisch bezeichneten, gewann Lynch 1977 bei den Gesamterneuerungswahlen einen erdrutschartigen Sieg. Doch die massiven Geldspritzen, die er zur Verwirklichung des Programms der Wirtschaft verabreichte, fielen zusammen mit den neuen Ölpreiserhöhungen und der neuen weltweiten Rezession. Anstelle der Wachstumssteigerung ergab sich die Stagflation.

Haughey vollzog sofort nach seinem Amtsantritt einen Kurswechsel. Er bekannte sich zur straffen Geld- und Fiskalpolitik, legte ein restriktives Budget vor, erhöhte vor allem die indirekten Steuern. Doch vorderhand hat diese Politik erst die kurzfristig unumgänglichen negativen Folgen einer monetären Entziehungskur in

Erscheinung treten lassen: hohe Zinsen, Kreditschwierigkeiten, Schließung von Betrieben, zunehmende Arbeitslosigkeit. Die erwünschten positiven Resultate haben sich noch nicht eingestellt. Auch wurde die staatliche Ausgabenflut noch nicht zurückgedrängt. Der öffentliche Kreditbedarf liegt bei 14 Prozent des Bruttoinlandprodukts.

Eine straffe Geld- und Fiskalpolitik befürworten heute beide grossen Parteien, die Regierungspartei Fianna Fail und die Oppositionspartei Fine Gael. Doch dieser Politik stehen hohe Hindernisse entgegen. Abstriche an den Staatsausgaben lassen sich schwer anbringen und noch schwerer einhalten. Für Steuererhöhungen andererseits ist der politische Spielraum sehr eng. Die grössten Demonstrationen, die Dublin in den letzten Jahren erlebte, galten nicht dem Nordirlandkonflikt, sondern dem Verlangen nach Steuerabbau.

Die Gewerkschaftsführung ist sich im allgemeinen über die wirtschaftlichen Gegebenheiten und über den Sparzwang des Staates im klaren – vielleicht besser im klaren als die Gewerkschaftsspitze in Grossbritannien –, aber sie hat Mühe, diese Einsicht in eine entsprechende Haltung der Gewerkschaftsmitglieder, etwa in Lohnmässigung, umzusetzen. Die Regierung versucht ständig, mit Konzessionen auf den Gebieten der Steuern, der Löhne und der Sozialdienste den Arbeitsfrieden zu erkaufen, aber dieser wird dann doch nicht recht eingehalten. Seit zehn Jahren treffen die Sozialpartner jährlich eine nationale Lohnvereinbarung. Die letzte galt für 15 Monate, lief im Juni ab und sah Lohnerhöhungen in zwei

Stufen von insgesamt 19 Prozent vor. Das überstieg das wirtschaftlich Tragbare und war um so fragwürdiger, als beim Abschluss der Vereinbarung die Inflationsrate erst bei 10 Prozent lag. Zudem wurde damals zum ersten Mal die Lohnvereinbarung in einen gesamtwirtschaftlichen Rahmen «wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung» gestellt: Die Regierung, die früher nur am Rande bei diesen Lohnverhandlungen mitwirkte, wurde nun direkt als Vertragspartner einbezogen und zu Leistungen verpflichtet, namentlich Leistungen zur Arbeitsbeschaffung. Das geschah auch diesmal wieder, und auch das neue «National Understanding for Economic and Social Development» übersteigt das wirtschaftlich Tragbare. Haughey hatte die Lohnerhöhungen ursprünglich auf 7 bis 8 Prozent halten wollen, liess sich aber am Ende von den Gewerkschaften dazu drängen, den widerspenstigen Arbeitgebern die Zustimmung zu einer für 15 Monate gültigen Erhöhung um 16 Prozent abzurufen. Haughey seinerseits verpflichtete die Regierung zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, zu Steuerreduktionen und zu vermehrten Sozialdiensten. Dass er gleichzeitig die öffentlichen Ausgaben wird kürzen können, erscheint wenig wahrscheinlich.

Der gewerkschaftliche Widerstand gegen Lohnmässigung hat ausser dem Wunsch, mit der Teuerung Schritt zu halten, noch einen andern Grund. Die Lohn- und Gehaltsempfänger in den Städten und in der Industrie, die den Hauptharst der Gewerkschaftsmitglieder bilden, tragen einen allgemein als unfair anerkannten Anteil an der Last der Staatsausgaben. Die Bauern zah-

len keine Steuern. Das ist ein Überbleibsel aus der Zeit, da die Landbevölkerung Irlands grosse Not litt. Doch in den letzten Jahren erzielten die irischen Bauern dank der Agrarpolitik der EG hohe Einkünfte. Haughey gab im letzten Frühjahr den Plan zu einer Besteuerung der Bauern bekannt, krebste aber unter dem Druck der Bauern, denen die Agrarpolitik der EG heute nicht mehr so viel einbringt wie früher, sofort wieder zurück. Die Arbeiter und Angestellten in den Städten wurden also nicht zufriedengestellt, und die Bauern kamen als neue Unzufriedene hinzu, weil ihnen die EG bei der hohen Inflationsrate Preiserhöhungen auf ihren Produkten von nur 5 Prozent bewilligte. Als weiterer Herd der Unzufriedenheit kommt hinzu, dass in den Städten und in der Industrie viele Niedriglohnempfänger, die bisher keine Steuern zahlen mussten, plötzlich unter die Steuerzahler geraten sind, weil ihre Löhne der Inflation angepasst wurden, aber der Staat die Steuerfreigrenze nicht entsprechend heraufsetzte. Sie sind schlechter gestellt als früher, weil die Steuer ihnen mehr als die Lohnerhöhung wegnimmt.

Emigration milderte in früheren Jahrzehnten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Irlands. Nach der grossen Hungersnot von 1845 ging auf der ganzen Insel die Bevölkerung durch Auswanderung von damals 8 Millionen auf heute 4,5 Millionen zurück, von denen 3 Millionen in der Republik, die übrigen 1,5 Millionen in Nordirland leben. Die Bevölkerungsabnahme durch Emigration dauerte nach 1921 in der Republik an, weil die damals erlangte Unabhängig-

keit nicht den von den Republikanern erhofften wirtschaftlichen Gewinn brachte. In den fünfziger Jahren betrug der Bevölkerungsschwund jährlich noch 40 000 Personen. Die sechziger Jahre brachten einen drastischen Umschwung. Der weltwirtschaftliche Boom ermöglichte es den Iren, ein Industrialisierungsprogramm in Angriff zu nehmen, das Arbeitsplätze schuf. Die Jugend fand zu Hause Arbeit, brauchte nicht mehr auszuwandern. Die Ölkrise und die Rezession der siebziger Jahre verschärften diesen Trend: Junge Iren, denen die Republik keine Arbeit bot, fanden auch im Ausland keine und blieben im Land, und von den früher Ausgewanderten wurden viele im Ausland arbeitslos und kehrten in die Heimat zurück. Daraus resultierte ein Netto-Zustrom, der zwischen 1971 und 1979 im Durchschnitt jährlich 13 500 Personen betrug. Zusammen mit dem Geburtenüberschuss ergab dies eine Bevölkerungszunahme von jährlich rund 50 000 Menschen.

Im jüngsten «National Understanding for Economic and Social Development» verpflichtete sich die Regierung den Gewerkschaften gegenüber, innerhalb von weniger als zwei Jahren netto 22 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, nämlich brutto 66 000 bei gleichzeitigem Verlust von 44 000 obsolet werdenden Stellen. Im Jahr 1979 hatte man trotz enormer Anstrengungen einen Netto-Zuwachs von nur 8000 Arbeitsplätzen erzielt. Woher die Regierung die Zuversicht nimmt, jetzt pro Jahr mehr als netto 11 000 Stellen schaffen und gleichzeitig die staatliche Ausgabenflut zurückdrängen zu können, ist nicht klar. Ganz abgesehen davon, dass in den

letzten Jahren die Mehrzahl der neuen Arbeitsplätze im unproduktiven Verwaltungsapparat geschaffen wurden. Die Regierung gibt unumwunden zu, dass das Land noch viele Jahre mit einem «ernsthaften Arbeitslosenproblem» werde kämpfen müssen.

Engagierte EG-Mitgliedschaft

Grossen Gewinn trägt den Iren die EG-Mitgliedschaft ein. Das Verhältnis der Republik zur EG war nie ambivalent wie das britische. Von Anfang an versprachen sich die Iren vom Beitritt zur EG politische und wirtschaftliche Vorteile: Zuschüsse für die Landwirte, Anstösse zur Industrialisierung, grössere Eigenständigkeit gegenüber Grossbritannien. Als im Mai 1972 das Volk über den Beitritt abstimmte, äusserten sich bei einer Stimmbeteiligung von 71 Prozent ganze 83 Prozent dafür aus. Seither sind nicht alle Erwartungen erfüllt worden; aber dass die Mitgliedschaft sich für Irland rentiert, wird allgemein anerkannt.

Für ein Land mit grossem Exportüberschuss an Agrarprodukten wie Irland ist der Nutzen der EG-Mitgliedschaft offensichtlich. Der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtwirtschaft ist in Irland höher als in den andern EG-Staaten, und zwar sowohl hinsichtlich der Beschäftigung wie der Produktion. Von der im Arbeitsalter stehenden Bevölkerung sind im ganzen EG-Raum (vor dem Beitritt Griechenlands) 8 Prozent in der Landwirtschaft tätig, in Irland 22 Prozent. Ein Strom von Subventionen fliesst aus Brüssel in die irische Landwirtschaft, die weiterhin auch Zu-

schüsse aus der irischen Staatskasse bezieht. Dank höheren Erzeugerpreisen und besserem Zugang zu den Weltmärkten stieg das bäuerliche Einkommen nach dem Beitritt zur Gemeinschaft. Dies um so mehr, als die Industrialisierung, die durch die EG ebenfalls stimuliert wurde, zahlreiche Arbeiter von der sich rationalisierenden Landwirtschaft absorbierte, so dass das landwirtschaftliche Gesamteinkommen auf weniger Köpfe aufgeteilt werden kann. Das Realeinkommen des Agrarsektors stieg zwischen 1972 und 1978 um 70 Prozent, das reale Pro-Kopf-Einkommen sogar um 105 Prozent. Seit 1978 hat jedoch der Boom der irischen Landwirtschaft aufgehört. Die Inflation jagt die Preise der landwirtschaftlichen Betriebsmittel in die Höhe, aber die Preise für die Agrarprodukte lassen sich in der EG vorderhand kaum noch erhöhen. Zudem bringen die zurzeit hohen Zinsen schwere Lasten aus der grossen Verschuldung, die die Bauern während ihrer Boomzeit zu Investitionszwecken eingingen.

Die Industrialisierung erhielt schon vor dem Beitritt zur EG starke Antriebe. Das blossе Interesse Irlands am Beitritt stimulierte die Investitionen in die irische Industrie. Es waren und sind weiterhin hauptsächlich Investitionen aus dem Ausland. Mehr und mehr überseeische Firmen, die in der EG Fuss fassen wollten, wählten Irland dazu aus, ange lockt von einem Paket staatlicher Investitionsbeihilfen, das im ganzen übrigen EG-Raum kaum seinesgleichen hat: Substantielle Steuererleichterungen; nicht rückzahlbare Zuschüsse an die Baukosten und zur Anschaffung der Maschinen sowie zur Ausbildung von Arbeitern,

gleichgültig, ob die Ausbildung in Irland oder im Ausland erfolgt; unbegrenztes Recht zur Rückführung der Gewinne und Kapitalgewinne; keine Einschränkungen hinsichtlich der Staatszugehörigkeit der Besitzer und der Direktoren des neuen Unternehmens. Seit 1960 haben über 750 ausländische Firmen in Irland Direktinvestitionen getätigt, und zwar im Gesamtwert von rund 2,2 Milliarden Pfund. Mehr als die Hälfte dieser Investitionssumme stammt von 250 amerikanischen Firmen; es folgen Grossbritannien, die Bundesrepublik, die Niederlande, Kanada und Japan. Die Schweiz ist mit zwanzig Firmen vertreten. Die Industrie erzeugt heute in Irland 35 Prozent des Bruttosozialprodukts gegenüber 29 Prozent vor dreissig Jahren. Sie beschäftigt 31 Prozent der Arbeitnehmer (21 Prozent vor dreissig Jahren). Die Landwirtschaft erzeugt noch 19 Prozent des Bruttosozialprodukts (32 Prozent) und beschäftigt 22 Prozent der aktiven Bevölkerung (43 Prozent). Die Produktion der neuen Firmen umfasst Maschinen, Textilien, Pharmazeutika, Chemie, Elektronik und Mikroprozessoren.

Die Erwartungen der Iren hinsichtlich der EG-Mitgliedschaft richteten sich nicht bloss auf materiellen Gewinn. Ebenso wichtig war für sie die Hoffnung, dass der Beitritt zur Gemeinschaft die Emanzipierung von Grossbritannien beschleunigen werde. Die Unabhängigkeit hatte die von den englischen Kolonialherren fest geknüpften wirtschaftlichen Bindungen Irlands an Grossbritannien nicht gelöst, allenfalls gelockert. Die irische Volkswirtschaft blieb auf England hin ausgerichtet, nachdem die Engländer

der Insel jahrhundertlang die Rolle eines Absatzmarktes für englische Industriegüter und einer Nahrungsmittelkammer für England aufgezungen hatten. Erhalten geblieben war auch der britisch-irische Sterlinglink, der das irische Pfund im Verhältnis von 1 zu 1 mit dem britischen verband. Solange die irische Wirtschaft völlig auf Grossbritannien ausgerichtet blieb, konnte Irland den Währungsverbund nicht auflösen. Dieser hielt ein Gefühl des Untertanenverhältnisses wach, weil die irischen Geschäfte englisches Geld akzeptierten und somit in Irland ständig neben dem irischen Geld auch englisches im Umlauf war, wogegen in England die Geschäfte irisches Geld zurückwiesen.

In der EG erblickten die Iren ein Mittel, um das andauernde Abhängigkeitsverhältnis zu beenden. Ihr Wunsch nach nationaler Eigenständigkeit erblickte paradoxerweise in einer internationalen Verschmelzung den Weg zu seiner Erfüllung. Ihr Nationalismus koinzidierte da mit der Bereitschaft zum Verzicht auf Prärogative der nationalen Souveränität, sah überhaupt nur in dieser freiwilligen Selbstbeschränkung eine Möglichkeit, sich voll zu verwirklichen.

Die EG-Mitgliedschaft brachte tatsächlich eine deutliche Umorientierung des irischen Handels. 1971 gingen von allen irischen Exporten 66 Prozent nach Grossbritannien; heute sind es noch 46 Prozent. In der gleichen Zeitspanne stieg der Anteil der irischen Exporte in die übrigen sieben Partnerländer von 10 auf 31 Prozent. 1979 löste Irland den Währungsverbund mit Grossbritannien auf und schloss sich dem Europäischen

Währungssystem an. In der EG kann Dublin als ebenbürtig und gleichberechtigt neben London auftreten. Kein Wunder deshalb, dass Dublin ausgesprochen «communautaire» gesinnt ist. Jede Stärkung der gemeinschaftlichen Institutionen stärkt den Iren den Rücken im Umgang mit London.

Neue Vorstellungen zum Nordirlandkonflikt

Die Emanzipation der Südiren von Grossbritannien ist bereits so weit vorangeschritten, dass zum ersten Mal seit 1921 ein irischer Premierminister in Dublin die Wiederannäherung der beiden Staaten propagieren kann. Premierminister Haughey sieht in der Wiederannäherung Grossbritanniens und der Republik den Schlüssel zur Lösung des Nordirlandkonflikts, die Basis für die von Dublin langfristig angestrebten Wiedervereinigung Nord- und Südirlands. Haughey spielt dabei sogar mit dem Gedanken an institutionalisierte Bindungen. Welcher Art diese Bindungen sein könnten, wird vorderhand noch nicht erörtert. Ausgeschlossen wäre eine Unterordnung Irlands unter britische Souveränität. Als eine Vorleistung erwägt Haughey, den in Irland wohnhaften Briten das Stimmrecht zu gewähren. Die in Grossbritannien lebenden Bürger der Republik Irland besitzen das britische Stimmrecht.

Wegen der Waffenschmuggelaffäre, in die Haughey anfangs der siebziger Jahre verwickelt gewesen war, hatte die britische Regierung nach seiner Wahl zum Nachfolger Lynchs eine Verhärtung der Nordirlandpolitik

Dublins befürchtet. Doch schon kurz nach seinem Amtsantritt überraschte er durch eine ausgesprochen gemässigte Stellungnahme. Er richtete versöhnliche Worte an die nordirischen Protestanten und an die britische Regierung. Mit aller wünschenswerten Schärfe verurteilte er die Gewalttätigkeit der IRA-Terroristen. Er stellte neue Mittel zur Bekämpfung der IRA in der Republik bereit. Die Mitte der siebziger Jahre begonnene und seither ständig ausgebaute Zusammenarbeit zwischen den britischen und den irischen Sicherheitskräften zur Bekämpfung der IRA geht unter ihm ebenfalls ungeschmälert weiter.

Die entscheidende Vorarbeit zur Beruhigung der Leidenschaften in der Republik hinsichtlich Nordirlands leistete Haugheys Vorgänger Lynch Anfang der siebziger Jahre. Trotz der damals wachsenden Wirren in Nordirland verbesserte er das Verhältnis Dublins zu London. Gleichzeitig überzeugte er seine Partei, die Fianna Fail, die einstmals die Partei der IRA gewesen war, dass die Wiedervereinigung Irlands mit Gewalt nicht zu erreichen sei. Er entmythologisierte die Gewalttätigkeit in Irland, die bisher gerade von Kreisen seiner Partei im Namen der irischen Einheit glorifiziert worden war. Schliesslich brachte er die Partei sogar dazu, im Parlament drastischen Gesetzen zur Bekämpfung der IRA zuzustimmen. Nach seiner Wahlniederlage im Frühling 1973 setzte die ans Ruder gelangte Regierung Cosgrave diesen Kurs fort, schuf zusätzliche Sondergesetze zur Bekämpfung der IRA und etablierte die Zusammenarbeit mit London in diesem Kampf. Diese Zusammenarbeit wurde unablässig erweitert, auch

nachdem Lynch 1977 wieder an die Regierung gelangt war, und auch jetzt unter Haughey.

Haugheys Nordirlandpolitik unterscheidet sich im übrigen von der seines Vorgängers Lynch. Dieser sah den Weg zur Wiedervereinigung in zwei Stufen: Zuerst die Wiederherstellung der Provinzautonomie Ulsters, die die britische Regierung 1972 abschaffte, als sie das nordirische Parlament in Belfast suspendierte und die von Terror und Gegenterror aufgewühlte Provinz unter die Direktverwaltung Westminsters stellte; danach die Annäherung und wachsende Zusammenarbeit zwischen Belfast und Dublin. Diesen zweistufigen Weg bezeichnet Haughey als den «unbegehbaren Weg gescheiterter Initiativen». Die Provinzautonomie Nordirlands lässt sich seiner Meinung nach nicht wiederherstellen, weil die Unionisten (Protestanten) nicht bereit sind, die katholische Minderheit an der Exekutivgewalt teilhaben zu lassen, und die Katholiken ihrerseits einer Restaurierung der alten Unionisten-Hege-monie nicht zustimmen wollen. Laut Haughey führt der Weg Dublins zur Wiedervereinigung nicht über Belfast, sondern über London. Er will die Beziehungen Dublins zu London verbessern, die Zusammenarbeit intensivieren und auf diese Weise ein Freundschaftsverhältnis schaffen, das dermassen eng wäre, dass den Ulster-Unionisten die Wiedervereinigung nicht mehr als Identitätsverlust erscheinen würde. Den Unionisten verspricht er, falls sie der Wiedervereinigung zustimmen, ein enormes Mass an Entgegenkommen. Er wäre bereit, eine neue Verfassung zu schaffen, dem neuen Staat eine föderative Struk-

tur zu geben und den Unionisten den Schutz ihrer Traditionen sowie ungehinderte Entfaltungsmöglichkeiten zu garantieren. Von den Engländern wünscht Haughey, dass sie die Unionisten dazu bewegen, die Wiedervereinigung wenigstens einmal ins Auge zu fassen. Als ermutigend beurteilt Dublin eine Verlautbarung Londons vom vergangenen Sommer, dass zwischen Irland und Grossbritannien eine Interessengemeinschaft bestehe. Zusätzliche Hoffnungen schöpft die irische Regierung aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Grossbritanniens. Nordirland kostet den britischen Staat jährlich mehr als eine Milliarde Pfund an Subventionen und an Unterhaltskosten für die Sicherheitskräfte. Dublin hofft, das werde bei der sparsamwilligen Frau Thatcher allmählich einen Überdross an Ulster wecken.

Von einem politisch wirksamen Überdross ist in London noch nichts zu spüren, und in Belfast weigern sich die Unionisten weiterhin hartnäckig, die Möglichkeit einer Wiedervereinigung ins Auge zu fassen. In der Republik andererseits hat der Nordirlandkonflikt wegen des wirtschaftlichen Aufschwungs und des gestärkten nationalen Selbstbewusstseins an Gewicht verloren. Eine Meinungsumfrage im Jahr 1977 darüber, welchen Grad von Wichtigkeit die Stimmbürger elf verschiedenen Belangen beimessen, setzte Nordirland an zweitletzter Stelle vor der Gleichberechtigung der Frau. Vor Nordirland figurierten in der Reihenfolge der Wichtigkeit: Inflation, Arbeitslosigkeit, Steuern, Sozialdienste, Schulwesen, sozialer Wohnbau, Schutz vor den IRA-Terroristen, Landwirtschaft und Arbeitskonflikte. Allerdings hatte Nordirland

schon in den fünfziger Jahren aufgehört, die Politik der Republik zu dominieren; aber die Auseinandersetzung um diese Frage liess sich jederzeit schüren und wurde auch immer wieder geschürt von Politikern, die von wirtschaftlichen Schwierigkeiten ablenken wollten. Das ist jetzt nicht mehr möglich. Der Bürger zwingt die Politiker dazu, sich mit seinen unmittelbaren Alltagssorgen zu befassen.

Das heisst nicht, dass in der Republik der Wunsch nach der Wiedervereinigung Irlands verschwunden wäre. Der Wunsch besteht nach wie vor, aber als ein Fernziel, als eine Sache von geringer Dringlichkeit. Die Südiren sind sich darüber im klaren, dass in Nordirland die Protestanten, die dort die Mehrheit bilden, einer Vereinigung mit der Republik vorderhand nicht zustimmen wollen. Nur eine verschwindend kleine Zahl von Südiren, insgesamt keine zweitausend Leute, hält es noch für möglich oder wünschenswert, den Norden durch Terror mürbe zu machen. Das allerletzte, was die Südiren sich wünschen, ist die Einfuhr der nördlichen Unruhen in die Republik. Die IRA erscheint in der Republik nicht mehr als Trägerin nationaler Aspirationen, sondern als Störefried, der das vorwärtsstrebende Staatsschiff ständig ins Wanken bringt. Diese Störung ist konkret messbar am Schaden, den der Tourismus im Süden wegen des nordirischen Terrors erleidet. In dem Masse, in dem der Nordirlandkonflikt in der Republik an Gewicht verlor, verbesserte sich das Verhältnis der Republik zum früheren Kolonialherrn Grossbritannien. Dies um so mehr, als sich die Südiren bewusst sind, dass

nicht mehr britischer Herrschaftswille, sondern die Intransigenz der nordirischen Protestanten den Grund zur fortdauernden politischen Gespaltenheit der Insel bildet.

Autoritätsverlust der Kirche

Der wirtschaftliche Aufschwung der letzten zwanzig Jahre hat tiefgreifende soziale Änderungen gebracht. In kurzer Zeitspanne hat sich ein Bauernvolk in eine mehrheitlich städtische Industriegesellschaft verwandelt. Niedrigstlohnempfänger kamen fast über Nacht zu hohen Löhnen. Dementsprechend stiegen die Ansprüche, ebenso die Zukunftserwartungen und das Verlangen nach Sozialdiensten und nach Schutz vor Lohnausfall. Das Verbrechen nimmt zu, und der seit langem verbreitete Alkoholismus geht nicht zurück. Die Verschmutzung der Städte ist weit vorangeschritten, die industrielle Verschmutzung der Landschaft beginnt.

Die traditionelle Autorität der katholischen Kirche nimmt ab. 96 Prozent der Bevölkerung sind Katholiken. Der Einfluss der Kirche unter ihnen ist noch gross, aber die Sonderstellung im Staat, die die Verfassung der Kirche einräumte, wurde ihr 1972 durch einen Volksentscheid genommen. Das Referendum erfolgte im Rahmen der vom damaligen Premierminister Lynch eingeleiteten Politik, den nordirischen Protestanten, die die Republik als einen papistischen Kirchenstaat sehen, den Gedanken an die Wiedervereinigung akzeptabler zu machen. Die Zahl der Katholiken in der Republik, die regelmässig zur Messe geht, wird kleiner, namentlich unter den Jugend-

lichen. Dagegen wächst die Bewegung gegen die Glaubensgebote des Vatikans, zum Beispiel der Kampf gegen das Verbot der künstlichen Mittel zur Familienplanung und gegen das Verbot der Scheidung. Die Verfassung verbietet die Scheidung, und der betreffende Artikel kann nur durch einen Volksentscheid geändert werden. Es ist nicht zu erwarten, dass in absehbarer Zeit ein solches Plebiszit durchgeführt werden wird. Die Bewegung gegen die kirchlichen Dogmen geht fast ausschliesslich von den Frauen Irlands aus, in Verbindung mit ihrem Streben nach Emanzipation. Emanzipation heisst eben hier, obwohl die Verhältnisse längst nicht mehr so schlimm sind wie im letzten Jahrhundert, für viele Frauen doch noch in erster Linie Schutz vor der zeugenden Umarmung eines Trunkenbolds.

Der Verkauf von empfängnisverhütenden Mitteln wurde in Irland noch bis vor kurzem als ein Verbrechen geahndet. Zur Umgehung des Gesetzes wurden vereinzelte private Familienplanungskliniken etabliert, die gegen freiwillige Spenden solche Mittel abgaben. Im November trat ein Gesetz zur begrenzten Liberalisierung des Verkaufs der Mittel in Kraft. Es wurde vor zwei Jahren vom heutigen Premierminister Haughey geschaffen, der damals Gesundheitsminister war. Doch die Liberalisierung, sofern man überhaupt von einer solchen sprechen kann, ist äusserst fragwürdiger Natur. Die Mittel dürfen nur von Apotheken verkauft werden und nur gegen ein ärztliches Rezept. Der Arzt darf das Rezept nur ausstellen, wenn medizinische Gründe vorliegen oder wenn die Mittel tatsächlich zur Familienplanung benötigt werden. Somit kann

der Arzt sie praktisch nur an Ehepaare verschreiben, die entweder schon viele Kinder haben oder andere triftige Gründe zur Empfängnisverhütung vorbringen können. Das Gesetz macht also eine Angelegenheit des Glaubens und der Ethik zu einer medizinischen, was sie nicht ist, und bürdet dem Arzt die Aufgabe eines Seelsorgers und Gewissensrichters auf, wozu er nicht ausgerüstet ist. Den Ärzten und den Apothekern erlaubt das Gesetz, aus eigenen Glaubensgründen die Verschreibung und den Verkauf dieser Mittel grundsätzlich zu verweigern. Demzufolge wird die Landbevölkerung geringeren Zugang dazu haben als die Leute in der Stadt; denn in einem Dorf, wo sich alles herumspricht, werden der Arzt und der Apotheker ungeachtet ihrer eigenen Überzeugungen die Mittel nicht verfügbar machen, wenn der Priester von der Kanzel aus dagegen predigt.

Der irische Klerus scheint übrigens in dieser Sache weniger dogmatisch zu sein als die Politiker. Es verbreitet sich unter ihm die Auffassung, dass dem Bürger unbegrenzten Zugang zu den empfängnisverhütenden Mitteln gewährt werden sollte. Erstens weil die wirtschaftliche und soziale Entwicklung die Familienplanung unumgänglich mache; zweitens weil die zunehmende Permissivität irreversibel sei und man deshalb dafür sorgen müsse, dass die bereits wachsende Zahl der ausserehelichen Geburten nicht weiter ansteige. Ein katholischer Priester sagte uns in Dublin: «Familienplanung ist eine unumgängliche Notwendigkeit. Sie wird vom Vatikan selber als solche anerkannt. Wozu dann die Haarspalterei um die Mittel dazu? Die Kirche kämpft da einen

Kampf, den sie längst verloren hat.» Der betreffende Priester gilt als einer der liberalsten im Land, aber er steht mit seiner Meinung nicht allein, vertritt vielleicht sogar die Mehrheit. Die irische Hierarchie selber öffnete 1976 ein Pförtchen zur Liberalisierung der Gesetzgebung. Die Bischofskonferenz erklärte damals, der Staat habe nicht nach den Lehren der Kirche zu verfügen, das Parlament nicht danach zu legislieren; wegweisend für den Staat müsse ausschliesslich das Allgemeinwohl sein. Es gebe bereits Gesetze in Irland, die nicht mit den Lehren der Kirche übereinstimmten; das bedeute nicht, dass eine Sünde, die der Staat zulasse, keine Sünde mehr sei: Die Kirche behalte das Recht, seelsorgerisch auf den Einzelnen einzuwirken und ihn zu beraten. Das sei ihre Aufgabe. Die des Staates sei es nicht.

Doch eine starke Gruppe der irischen Hierarchie ist äusserst konservativ. Sie widersetzt sich jeglicher Liberalisierung in Glaubenssachen, auch jeglicher Emanzipation der Frau. Sie hatte seinerzeit Papst Johannes Paul II. dazu gedrängt, Irland zu besuchen. Sie erblickte in dem Papstbesuch ein Mittel dazu, die katholischen Glaubenskräfte im Land neu zu stimulieren, sie gegen den Druck des modernen Lebens abzuschirmen und dadurch die in Bedrängnis geratene Machtposition der Kirche neu zu untermauern. Gleiches erhoffte vom Papstbesuch ein konservativ gesinnter Laienorden, die sogenannten Ritter des Heiligen Columbans, eine dem «Opus Dei» in Spanien vergleichbare Bewegung, die in verschiedenen Kreisen der Republik, zum Beispiel unter den Geschäftsleuten, stark verwurzelt ist. Ob dann der im September 1979

erfolgte Papstbesuch so gewirkt hat, lässt sich schwer ermessen. Vertreter der Kirche glauben, seither unter der Bevölkerung wieder eine innigere Hingabe an den Glauben feststellen zu können. Sicher sind sie jedoch nicht, und sie können wenige Indizien dafür nennen. Ein Priester stellte allerdings in einer Fernsehdebatte die Relevanz diesbezüglicher Erkundigungen in Frage. Er sagte: «In Rom lebt seit nahezu zweitausend Jahren ein Papst, und die Leute sind deswegen dort nicht besser als anderswo.»

Erwiesen ist, dass der Appell des Papstes an die IRA-Terroristen, von der Gewalttätigkeit abzulassen, wirkungslos verhallte, obwohl die Terror-

risten meistens strenggläubige Katholiken sind. Sie morden zwar im Namen Irlands, aber im Namen Gottes verurteilen sie den Schwangerschaftsabbruch. Doch sie halten sich für irische Freiheitskämpfer, was sie nicht sind, und im 18. und 19. Jahrhundert pflegte der Vatikan sich gegen die irischen Freiheitskämpfer hinter die britische Krone zu stellen. Selbst wenn die IRA-Terroristen geneigt gewesen wären, einem Friedensappell Folge zu leisten, was sie nicht waren, so hätten sie sich dem Appell eines Papstes auf alle Fälle verschlossen.

Roger Bernheim

UNGARISCHE ZEUGNISSE

Zoltan Vas ist einer der fünf «grossen Moskowiter» neben Rakosi, Farkas, Gerö und Revai und hatte mit ihnen die Stalinisierung Ungarns zwischen 1945 und 1953 betrieben. Nach dem Aufstand von 1956 hatte sich Vas aus dem politischen Leben zurückgezogen. Er hatte sich damals an die Seite des patriotischen Reformkommunisten Imre Nagy gestellt, der 1958 hingerichtet wurde.

Unter dem Titel «*Mein abenteuerliches Leben*» hat jetzt Zoltan Vas einen Teil seiner Memoiren veröffentlicht. Selbst wenn Zensur und Selbstzensur vieles unterdrückt haben, bleibt dieses Buch doch ein erhellendes, ungewöhnlich wertvolles historisches Dokument und hat in Ungarn Sensation gemacht.

Kurz nach dessen Veröffentlichung hat sein Verfasser in der Monatszeit-

schrift *Historia* vom September 1980, die in Budapest erscheint, mit vielen skabrösen Einzelheiten dargestellt, wie Ungarns letzte freie Wahlen von Ende August 1947 von der Kommunistischen Partei verfälscht wurden. Die ersten wirklich freien Wahlen des Nachkriegs hatten im November 1946 stattgefunden und der Partei der kleinen Landwirte, die Ferenc Nagy leitete, eine breite Mehrheit von 57 Prozent der Sitze gegeben. Die zweitstärkste Partei waren die Sozialdemokraten.

Mit Hilfe der Besatzungsarmee und unter Initiative von Matias Rakosi – so berichtet Vas –, doch gegen die Opposition des Innenministers Laszlo Rajk, der 1947 hingerichtet wurde, verteilte die Partei «blaue Zettel» an ihre Mitglieder. Diese Zettel erlaubten ihnen, mehrfach und in verschie-

denen Lokalen ihre Stimme abzugeben.

So wurde das Ergebnis der Wahlen verfälscht. Nunmehr erhielt die Partei der kleinen Landwirte nur 14 Prozent der Stimmen gegen 22 Prozent für die Kommunisten und rückte somit an die zweite Stelle. Von da an war diese Partei Zielscheibe der ständigen Angriffe und Diffamierungen durch die Kommunisten, die, wie Rakosi öffentlich erklärte, dazu dienen sollten, ihre «reaktionären Elemente zu entlarven, zu isolieren und auszumerzen». Das war die Zermürbungsoperation, die Rakosi «Salami-Taktik» nannte. Der Gegner sollte in kleinen, einander folgenden Schnitten ausgeschaltet werden.

Über die Verhaftung im Februar 1947 des Generalsekretärs der Partei der kleinen Landwirte Béla Kovács unter dem Vorwand einer «Verschwörung gegen das Regime» berichtete unlängst *Magyar Nemzet* (Ungarische Nation), Organ der von der kommunistischen Partei beherrschten «patriotischen Volksfront». Der damalige Premierminister und unangefochtene Leader der Partei, Ferenc Nagy, dankte ab; er befand sich auf Urlaub

in der Schweiz und kehrte nicht mehr zurück und starb 1979 in den Vereinigten Staaten.

Der Verfasser dieses Aufsatzes drückt die Meinung aus, dass die Zerschlagung und das Verbot der Mehrheitspartei der kleinen Landwirte dem politischen Leben Ungarns «nicht wieder gutzumachenden Schaden» zugefügt habe, dessen man erst später gewahr worden sei, als die Kommunistische Partei eine «breitere Machtbasis» suchte. Denn bald nach den Wahlen von 1947 verschwand die Partei der kleinen Landwirte, deren Sekretär Kovacs erst 1956 kurz vor dem Aufstand aus der Haft entlassen wurde. Sie tauchte erst, und nur für wenige Tage, während der Erhebung wieder auf.

Diese aufschlussreichen und für die ungarische Kommunistische Partei peinlichen Veröffentlichungen verdienen um so mehr Aufmerksamkeit, als sie mit Ereignissen in einem Nachbarland zusammenfallen, die die Autorität und das Prestige aller kommunistischen Parteien des von der Sowjetunion beherrschten Osteuropa in Frage stellen.

François Fejtő

DIE KRITISCHE THEORIE – ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

Der Nachruhm der Kritischen Theorie des Frankfurter Instituts für Sozialforschung ist beträchtlich. Adorno, Horkheimer, Herbert Marcuse, Walter Benjamin, Erich Fromm sind nicht nur klingvolle Namen; man beschäftigt sich mit ihnen – eigentlich mehr als zur Zeit ihrer intensivsten Aktivität. Denn sie hatten es schwer, sich durch-

zusetzen, Achtung und Anerkennung zu finden. Im deutschen Geistesleben repräsentierte die Kritische Theorie lange Zeit einen schmalen Sektor, abseits von den herrschenden Strömungen. Hitlers Diktatur vertrieb ihre Repräsentanten ins Exil, wo die Wirkung notwendig beschränkt war, indes eine Ausstrahlung in die feindliche Heimat

kaum stattfand. Adornos und Horkheimers Neubeginn in Frankfurt nach dem Zweiten Weltkrieg änderte daran zunächst nur wenig. Erst in den sechziger Jahren wurde das Echo grösser, die Studentenbewegung schliesslich schuf eine Breitenwirkung. Unter deren Anführern gab es nicht wenige Schüler des Frankfurter Instituts. Freilich setzten sie andere Akzente, die den Vätern der Theorie Schrecken einjagten und heftige Exkommunikationen bewirkten. Seit jener Zeit ist der Rang der Schule anerkannt, nicht zuletzt im akademischen Bereich. Es gibt Lehrstühle dieser Richtung, und die Zahl der ihr gewidmeten Untersuchungen nimmt ständig zu. Die Kritische Theorie etabliert sich, ähnlich wie andere philosophische Schulen es vordem getan haben. Das ist natürlich. Nur verweist der Erfolg zugleich auf einen Misserfolg, denn eine akademische Schule wollte die Kritische Theorie keineswegs werden. Sie wollte sich nicht neben anderen Schulen einrichten, sondern als die einzig «wahre Philosophie» sie überwinden. Ihre hauptsächlichen Aufgaben beschränkten sich auch nicht auf den akademischen Bereich. Marxens Anspruch aufnehmend, sollte die Welt nicht allein interpretiert, sondern verändert werden. Aber auch dieses Missgeschick widerfuhr bereits anderen Philosophen, ja es ist eigentlich kennzeichnend für diese Zunft. Auch Kant, Hegel, schliesslich Marx wollten nicht nur Lehrstühle erobern, sondern die Welt erleuchten. Gewöhnlich schrumpfte das zu professoraler Verkündigung.

Wie bei jeder ehrenden Anerkennung besteht auch hier die Gefahr einer feierlichen Bestattung. Die so

lange verkannte Kritische Theorie läuft Gefahr, durch eine verspätete, in eitles Lob ausschweifende Rezeption entstellt zu werden. Gäbe man dem nach, geschähe dies im Widerspruch zu deren kritischem Anspruch. Auch ihr muss kritisch begegnet werden, ganz im Sinne Adornos, der äusserte: «Der war nie der schlechteste Leser, welcher das Buch mit despektierlichen Randglossen versah¹.» Spuren falscher Würdigung findet man im Vorwort Alfred Schmidts zur Gesamtausgabe der vom Frankfurter Institut zwischen 1932 und 1941 veröffentlichten *Zeitschrift für Sozialforschung* (Neudruck bei dtv München 1980). Unbestreitbar gehört die Zeitschrift, wie Schmidt schreibt, «zu den grossen Dokumenten europäischen Geistes in diesem Jahrhundert». Aber zweifelhaft ist, dass sich darin «ein einheitliches Programm», eine «grossartige Geschlossenheit» kundtun. Noch zweifelhafter ist, dass deren allgemeine Einsichten «unüberholt» seien. Sicher verfolgten die kritischen Theoretiker dieses Ziel, darin unterschieden sie sich nicht von anderen, aber auch sie vermochten den Anspruch nicht einzulösen. Man möchte sagen: zu ihrem Glück und zu unserem Vorteil. «Geschlossenheit» wäre erreichbar gewesen allein aufgrund eines Systems, das tieferen Einsichten stets im Wege zu stehen pflegt. Das «einheitliche Programm» war grosso modo im Anfang gegeben, als die Begründer der Frankfurter Schule einen unorthodoxen, durch Hegelsche Dialektik erneuerten Marxismus propagierten. Die prinzipielle Wahrheit der Doktrin wurde nicht bestritten, die Gesellschaft in der Erwartung einer notwendigen und nahen proletarischen Revolution inter-

pretiert. Doch als die Hoffnung zer-
stob und statt der erwarteten Revolu-
tion Hitler auf die Bühne trat, zer-
splitterte die anfängliche Einheit des
theoretischen Korpus. Die Angehörigen
des Instituts schlugen verschiede-
ne Wege ein, so dass man heute gar
nicht mehr von *einer* Kritischen Theo-
rie sprechen muss, sondern von ihren
verschiedenen Versionen.

Philosophischer Marxismus

Die kritischen Theoretiker erhofften
eine Renaissance des Marxismus auf
dem Wege der Erweckung Hegels. Das
bedeutete eine Hinwendung zum jun-
gen Marx, dessen Schriften gerade
1932 zum erstenmal veröffentlicht
wurden. Taten die orthodoxen Marxi-
sten sie als Jugendsünden ab, so sahen
die Frankfurter Theoretiker darin eine
Richtschnur für ihr Denken. «Hork-
heimer gehört zu den bedeutendsten
Begründern einer ‚philosophisch‘ ge-
richteten Marx-Interpretation»,
schreibt Alfred Schmidt und spricht
von dessen «Hinwendung zu Hegel als
dem Philosophen der Moderne par
excellence.» Dies gilt nicht weniger
für Adorno und Marcuse. Die De-
marche konnte sich berufen auf Georg
Lukács' 1923 veröffentlichtes Buch
Geschichte und Klassenbewusstsein,
worin ebenfalls Hegels Dialektik auf-
gewertet wurde zugunsten einer sub-
jektiven Akzentuierung revolutionärer
Aktion entgegen einer passiven An-
schauung des objektiven Geschichts-
verlaufs. Zentraler Begriff des Lukács-
schen Marx-Verständnisses ist die To-
talität: Gesamtvision der gesellschaft-
lichen Verhältnisse mittels dialekti-
scher Verknüpfungen. Und so schrieb

auch Horkheimer in der ersten Aus-
gabe seiner Zeitschrift, es sei die Ab-
sicht, «die Theorie der gegenwärtigen
Gesellschaft als ganzer zu fördern».
Schliesslich bekannte er sich zu einer
«Theorie des historischen Verlaufs»,
die den konkreten Zeitbedingungen
entspreche, ohne auf einen Ewigkeits-
wert abzuzielen. Im Verlaufe ihrer
Entwicklung werden die Frankfurter
Theoretiker viele ihrer Ansichten än-
dern, doch stets den Anspruch beibe-
halten, ein Gesamtkonzept der Gesell-
schaft zu vermitteln. Aber der Ge-
schichte, von der sie im Anfang Ret-
tung erwarteten, werden sie später zu-
sehends mehr misstrauen. Auch auf
ein anderes Merkmal verweist Alfred
Schmidt: die «äsopische Sprache» der
kritischen Theoretiker, welche den
Marxismus auf sublime und ästheti-
sche Weise verfeinerte. Im amerikani-
schen Exil wurde, unter dem Druck
der Verhältnisse, die Sublimierung zu
solcher Kunst entfaltet, dass allmäh-
lich die Substanz der Sache betroffen
wurde: «In Aufsätzen für die *Zeit-
schrift* vermied man es peinlichst, Be-
griffe wie ‚Marxismus‘ oder ‚Kommun-
ismus‘ zu verwenden, und sprach
statt dessen von ‚dialektischem Mate-
rialismus‘ oder ‚der materialistischen
Theorie der Gesellschaft‘. In sorgfäl-
tiger Redaktion der Texte wurde dar-
auf geachtet, dass ihre revolutionären
Implikationen nicht hervorstachen².»
Bemerkenswert ist, dass die verschlei-
ernde Sprache beibehalten wurde, als
die Verhältnisse solche Verkleidung
gar nicht mehr verlangten.

So kam eine sehr akademische Form
des Marxismus zustande, und sie ver-
wies auf die bürgerliche Herkunft und
den entsprechenden Lebensstil der
Theoretiker. Martin Jay konstatiert:

«So mögen die Institutsmitglieder unbeugsam in ihrer Gegnerschaft dem kapitalistischen System gegenüber gewesen sein, den Lebensstil der *haute bourgeoisie* legten sie niemals ab» (S. 56). Dies hatte zur Folge, dass das Proletariat nur in abstrakt-theoretischer Sicht wahrgenommen wurde, nicht in seiner realen Gestalt. Die philosophischen Postulate konnten um so müheloser bewahrt werden, als deren Überprüfung in der Praxis ausblieb. Das erinnert an Sartres spätere Haltung, der sich zwar zur Kommunistischen Partei bekannte, aber seine Mitgliedschaft aus theoretischen Gründen ablehnte. Noch 1934 verteidigte Horkheimer unnachgiebig Marxens Doktrin (der Text erschien unter dem Pseudonym Heinrich Regius in Zürich): «Marx hat das Gesetz der herrschenden unmenschlichen Ordnung aufgedeckt und die Hebel gezeigt, die man ansetzen muss, um eine menschlichere zu schaffen³.» Nichts als «Entschlossenheit» könnte das geschichtliche Gesetz erfüllen. In der Sowjetunion erblickte Horkheimer noch immer den «fortgesetzten schmerzlichen Versuch» der Überwindung des Kapitalismus. Mit «Hoffnung wie ein Krebskranker» klammerte er sich an das bolschewistische Experiment, und so hiess es, dass «die Rede vom Fortschritt klar und berechtigt» sei. Nietzsche, «diesem Philosophen der herrschenden Klasse», wurde entnommen, dass «nur die Furcht» die Massen von der Revolution abhalte. Die kurzsichtige These ignorierte eine Vielzahl anderer Ursachen. Horkheimer ging soweit, eine Kritik an der Führung der Arbeiterparteien – folglich auch Stalins – zu verwerfen mit dem Hinweis, es handle sich um «die Form, die sich

der Wille zu einer besseren Ordnung in diesem historischen Augenblicke geben konnte» (S. 256). Der Band, dessen kategorische Sprache eher aus dem üblichen Rahmen fällt, enthält auch einen Satz, den man fast als eine Selbstkritik deuten kann: «Die Übersetzung des Marxismus in den akademischen Stil wirkte im Nachkriegsdeutschland als ein Schritt, den Willen der Arbeiter zum Kampf gegen den Kapitalismus zu brechen» (S. 299). Der «akademische Stil» hörte dennoch nicht auf, die Veröffentlichungen des Instituts zu prägen.

Die Theoretiker unterliessen es, ihre Konzepte empirisch nachzuprüfen. Solche Methode stand im Verdacht des Positivismus, der als eine Ursünde galt und gegen den, über alle Wandlungen des Instituts hinweg, bis ans Ende kontinuierliche Attacken gerichtet waren. Mit dem Etikett wurde alles Unliebsame bedacht. So unterblieb eine Bestandsaufnahme, die den wirklichen Zustand des Proletariats ermittelte. Ignoriert wurden die empirischen Untersuchungen, die Hendrik de Man zur gleichen Zeit in Frankfurt vornahm, als das Institut für Sozialforschung seine Tätigkeit begann. De Mans Befunde erschütterten die Marx'schen Theoreme, indem sie ein Proletariat entschlüsselten, das sich nicht als Träger einer «revolutionären Mission» begriff. Die kritischen Theoretiker bewahrten das revolutionäre Konzept, weil sie sich weigerten, es kritisch zu prüfen. In seiner sehr freundschaftlichen Geschichte des Frankfurter Instituts berichtet Martin Jay, dass «im Jahre 1929 nahezu völliges offizielles Schweigen im Institut (herrschte), was die Ereignisse in der UdSSR anlangte . . . Erst zehn Jahre später, d. h.

nach den Moskauer Säuberungsprozessen, liessen Horkheimer und die anderen, mit der einzigen Ausnahme des halsstarrigen Grossmann, ihre Hoffnung auf die Sowjetunion sinken» (Martin Jay, S. 38–39). Diese Verblendung spricht keineswegs zugunsten jener Theoretiker, die sich ihres kritischen Geistes rühmten. Manche als Positivisten verketzerte Denker wie Karl Kautsky, Bertrand Russell, Sigmund Freud und Karl Korsch haben grössere Klarsicht bewiesen. Gleichwohl hebt die Frankfurter Schule sich günstig von jenen Intellektuellen wie Bertolt Brecht ab, die bis zuletzt ihrem Geist abgeschworen und dem Dogma vertrauten.

Gegen den Totalitarismus

Die grosse Leistung des Instituts ist der Kampf gegen die Ideologie der Hitler-Diktatur, gegründet auf die von ihr verfemten Werte der Aufklärung. Die Botschaft der klassischen Philosophie, ihre Bekundung der Vernunft und der Selbstbestimmung des Menschen, wurde entgegen den Ansprüchen des totalitären Staates verteidigt. «Nicht mit Hegels Tode, sondern jetzt erst geschieht der Titanensturz der klassischen deutschen Philosophie», schrieb Herbert Marcuse 1934. Nachdenklich schloss er: «Heute liegt das Schicksal der Arbeiterbewegung, bei der das Erbe dieser Philosophie aufgehoben war, im Ungewissen⁴.» Immer bestimmter wurde die Hinwendung zu jenem Erbe, je mehr die Entfesselung totalitärer Gewalt es bedrohte. Scharf verurteilte Marcuse den Existenzialismus, dem er vorwarf, «die grösste geistige Erbschaft der

deutschen Geschichte ausgeschlagen» zu haben. Aber die Kritische Theorie wollte sich nicht innerhalb der Welt des Liberalismus verankern, denn dagegen wurde der Vorwurf erhoben, dass der Liberalismus selbst den Totalitarismus hervorbringe. Es seien zwei Erscheinungen auf der Grundlage der gleichen ökonomischen Verhältnisse: «Die Wendung vom liberalistischen zum totalitär-autoritären Staate vollzieht sich auf dem Boden derselben Gesellschaftsordnung. Im Hinblick auf diese Einheit der ökonomischen Basis lässt sich sagen: es ist der Liberalismus selbst, der den totalitär-autoritären Staat aus sich ‚erzeugt‘: als seine eigene Vollendung auf einer fortgeschrittenen Stufe der Entwicklung. Der totalitär-autoritäre Staat bringt die dem monopolistischen Stadium des Kapitalismus entsprechende Organisation und Theorie der Gesellschaft» (ebd. S. 32). Folglich wurde in den entwickelten Industriegesellschaften eine ähnliche Entwicklung erwartet wie in Deutschland, Totalitarismus galt als eine natürliche Phase des Kapitalismus. Horkheimer ging soweit zu statuieren: «Die Ordnung, die 1789 als fortschrittliche ihren Weg antrat, trug vom Beginn an die Tendenz zum Nationalsozialismus in sich.» Solche pauschalen Verkürzungen verfehlten die Sache.

1789 enthielt keineswegs die Keime des Faschismus, der Umschlag war weder logisch noch zwangsläufig. Gerade in Frankreich fand diese Entwicklung nicht statt. Marcuses Schlüsse gründeten auf dem deutschen Modell, doch war es falsch, daraus eine universale Gültigkeit zu folgern. Die kritischen Theoretiker räumten hierbei der Ökonomie eine Schlüsselstellung

ein, während sie die kulturellen Phänomene vernachlässigten – ganz im Unterschied zu ihrer üblichen Methodik. Die Differenz zwischen Liberalismus und Totalitarismus war grösser, als es die verallgemeinernde Theorie zugestand. In den Ländern alter Demokratie vollzog sich nicht der Übergang zum totalitären Staat, wie es in Deutschland geschehen war, weil der Liberalismus tiefere Wurzeln geschlagen hatte und nicht nur die gesellschaftliche Oberfläche berührte. Theoretische Verallgemeinerung bewirkte einen falschen Schluss. Das Hegelsche Erbe verführte immer wieder zu globalen Konstruktionen, die universale Prophetien nährten. In der *Dialektik der Aufklärung* verkündeten Horkheimer und Adorno desgleichen den «Umschlag von Aufklärung in Massenbetrug». Jetzt wurde der Untergang als so unvermeidlich angesehen wie vormals die Befreiung. Beide Male hatte man es mit metaphysischen Entwürfen zu tun, nicht mit der Wirklichkeit, die jene auszudrücken vorgaben. Geschichte gilt als unentrinnbarer Schrecken, solcherart gelangt man zu einer «negativen Dialektik», die eigentlich, mangels eines positiven Widerparts, gar keine Dialektik mehr ist, weil sie nur Immergleiches erzeugt. Es kommt zu einer puren Protesthaltung, ohne positiven Ansatz und Ausblick, die ihren Fixpunkt ausserhalb der Geschichte hat. Gründete die Frankfurter Schule im Anfang auf dem Konzept der künftigen sozialen Revolution, so beschrieb sie nun eine Gesellschaft, in der emanzipatorische Hoffnung nicht mehr aufleuchtete. Die modernen Industriegesellschaften mit ihrer staatlich abgesicherten Technologie wurden als eine Totalität geschil-

dert, die freiheitliches Aufbegehren nicht mehr zulies. Marcuse brachte das später auf den populär gewordenen Begriff der «eindimensionalen Gesellschaft». Adorno schrieb, dass «die herrschaftlich organisierte Gesellschaft je und je in der Tat zu Totalitäten zusammenschiesst, die dem Einzelnen keine Freiheit lassen: Totalität ist ihre logische Form⁵.»

Keine Klasse kann sich mehr der Anpassung entziehen. Insofern fehlt ein Subjekt, das Befreiung zu vollziehen vermöchte. Wichtiger Hebel der Unterwerfung ist die «Kulturindustrie», die sich auch die höchsten geistigen Werte einverleibe und sie solcherart ihrer Substanz beraube. Die Theoretiker der Frankfurter Schule entdeckten als letzte Zuflucht nurmehr die Verteidigung eines autonomen Kulturbereichs, in welchem theoretisches Denken sich bewahrt. Letzter Hort der Freiheit ist die Philosophie, die Kunst, auf sie reduziert sich jetzt die Hoffnung. Theorie wird, nach einem Ausspruch Adornos, zu einer «Flaschenpost», die Schiffbrüchige als letzte Botschaft hinterlassen. Ging die Kritische Theorie von der Geschichte aus, so endete sie in einer Abkehr von ihr, sah sie darin doch «das Verhängnis, das Vernunft allein nicht wenden kann⁶.» Indem Marx das Gute mit der Geschichte identifiziere, schrieben Horkheimer und Adorno in *Dialektik der Aufklärung*, habe er sich «wider Willen mit der Unterdrückung identifiziert». Die von Hegel der Geschichte zugeschriebene «List der Vernunft» stelle nicht Befreiung her, sondern verwandle «die Menschen zu immer weiter reichenden Bestien». Die Verzweiflung war von den Schrecken des Kriegs geprägt, Trauer senkte sich in

die Theorie angesichts der erlebten Schrecken. Sie war um so grösser, als sie der erlittenen Enttäuschung entsprach, dem Zusammenbruch der einst gehegten überschwenglichen Hoffnung. Und man kann sich fragen, ob die pessimistische Variante in ihrer Absolutheit nicht ebenso unbegründet war wie ehemals die optimistische. Auf jeden Fall kann man die eine ohne die andere nicht verstehen. Die Enttäuschung war die Kehrseite der eingestürzten Hoffnung, die Folge des utopischen Glaubens, dass Befreiung unmittelbar möglich sei, dass Wille und Einsicht ausreichten, sie zu verwirklichen.

Intellektuelle Enklave

Die Kritische Theorie vollzog einen grundsätzlichen Wandel, indem der Materialismus in einen vehementen Idealismus umschlug, der den Geist zur höchsten Instanz erhob und zur letzten, wenn auch spärlichen Rettung deklarierte. Seiner Ohnmacht einsichtig, zog der Geist sich von gesellschaftlicher Praxis zurück, weil er glaubte, nichts bewirken zu können. Er überliess sich dem Abwarten, das emphatische Bestehen auf der Vernunft endete in der verzweifelten Lage einer Sackgasse. Damit wurde der Standpunkt selbst fragwürdig, denn, konsequent weitergeführt, hätte der Pessimismus zur Abkehr vom Konzept sozialer Befreiung führen müssen, zu einer Art Stoizismus. Dazu fanden sich die kritischen Theoretiker nicht bereit, so blieb der Befreiungsanspruch als ein Relikt aus der Vergangenheit übrig: in der Luft schwebend, entbehrte er einer realen Perspektive. Die

kritischen Studenten der sechziger Jahre gaben sich damit nicht zufrieden und trachteten, den philosophischen Anspruch in die Tat umzusetzen, die Hoffnung zu realisieren – was Adorno aufs heftigste rügte. Die Frankfurter Schule hatte sich stets zum «Bilderverbot» bekannt, sie weigerte sich, ein Bild der anzustrebenden Gesellschaft zu entwerfen. Auf dieser alttestamentarischen Überlieferung wurde mit Beharrlichkeit bestanden gegenüber dem Götzendienst der totalitären Ideologien. Aus der Weigerung, die neue Gesellschaft konkret zu beschreiben, resultierte eine Missachtung der konkreten Mittel ihrer Realisierung. Dies alles wurde, nach Hegelscher Manier, dem geschichtlichen Prozess überlassen. Heute ist dies gründlich zu revidieren: die genaue Definition des Ziels ist ebenso unerlässlich wie die Ergründung anzuwendender Mittel. Nicht auf grandiose, aber in den Wolken der Zukunft verborgene Ziele kommt es an, sondern auf die nahen Mittel zu ihrer Erreichung. Hätte die Kritische Theorie dies berücksichtigt, hätte sie sicher weniger Anlass gehabt, enttäuscht zu sein.

Die ursprüngliche Gestalt der Kritischen Theorie ist zerfallen. Der Begriff selbst, von Anfang an summarisch, kann heute nur irreführen. Es ist seltsam genug, dass ein so leidenschaftlicher Demaskierer falscher Benennungen wie Adorno sich bis ans Ende auf das Kürzel berief, als sei darin eine bestimmte Substanz enthalten. In Wirklichkeit verlor die Theorie recht bald ihre Geschlossenheit und zersplitterte in Fragmente verschiedener Couleure – man kann sagen: zum Glück. Geschlossenheit hätte dogma-

tische Erstarrung bedeutet, und dies wäre kaum lehrreich gewesen. An dogmatischen Systemen fehlt es ohnehin nie. Bewundernswert ist im Gegenteil die ungebundene Denkkraft der besten Köpfe der Frankfurter Schule, die nicht zögerten, ihre Ansichten zu korrigieren. Allmählich gingen sie verschiedene Wege. Das äusserte sich am deutlichsten anlässlich der Studentenrevolte. Während Marcuse als ihr Fürsprecher auftrat, verurteilten sie Adorno und Horkheimer mit scharfen Worten. Marcuse wurde der Theoretiker einer neuen Revolution, vorangetrieben von den Völkern der Dritten Welt und von den Intellektuellen der Industriestaaten. Selten hatte ein Philosoph solch eine politische Ausstrahlung wie Marcuse in den siebziger Jahren. Da war endlich jene Massenwirkung, die er so lange vergeblich ersehnt hatte. Freilich hat sich auch diesmal die Revolutionshoffnung nicht erfüllt, Marcuse selbst streckte ihre Verwirklichung schliesslich auf ein ganzes Jahrhundert. Das Konzept verlor so an Konsistenz. Marcuses Triumph war von kurzer Dauer, die Mehrzahl der jungen Radikalen von heute weiss kaum noch etwas von ihm und entdeckt täglich neue Idole.

Anders hatte sich Adorno mit heftigen Worten dem revolutionären Aktionismus entgegengestellt. Gegenüber der Praxis verwies er auf Theorie, allein darin sah er eine Bewahrerin von Freiheit: «Das nicht Bornierte wird von Theorie vertreten. Trotz all ihrer Unfreiheit ist sie im Unfreien Statthalter der Freiheit⁷.» Der marxistische Anspruch auf Einheit von Theorie und Praxis wird zurückgewiesen, weil beide «nicht eins» seien.

Sollte Theorie der Praxis sich beugen, entarte sie zum Wahnhaften. Adorno zufolge vermag keine Praxis die Gesellschaft zu verändern, jeder Ausweg ist verriegelt, ähnlich der Hölle in Sartres «Hinter verschlossenen Türen». Noch die Revolte sei von der Gesellschaft geprägt, gegen die sie aufbegehre, so «ordnet sie der objektiven Tendenz fortschreitender Entmenschlichung sich ein; auch in ihren Praktiken» (ebd. S. 177). Man kann sich vorstellen, dass dieser pessimistische Quietismus für junge Aktivisten alles andere als anziehend war. Adornos kontemplativer Standpunkt entspricht vielleicht der Enttäuschung des Alters, doch ist er insgesamt wenig befriedigend, Jugendlichen musste er geradezu als Provokation erscheinen. Allein die Kunst gilt jetzt als letzte Zuflucht, als Freiheitsort und mögliches Mittel gesellschaftlicher Emanzipation. Und zwar die Kunst in ihren modernsten, esoterischsten Formen. Schönberg, Webern, Berg (dessen Schüler Adorno in den zwanziger Jahren gewesen war) sind jetzt die Sterne der Erlösung. Die Abkehr von Marx könnte nicht eindrucksvoller sein. Nun soll die Kunst vollbringen, was einst das Proletariat zu realisieren beauftragt war. Mehr als zweifelhaft ist indes, ob sie das zu leisten vermag, ob von ihr nicht etwas gefordert wird, das ihrer Fähigkeit keineswegs entspricht. Die Kunst vermag mitunter aufzuklären, den Geist zu beflügeln, Vorurteile zu vermindern: die Gesellschaft allein verändern kann sie nicht. Schliesslich muss man bezweifeln, dass die Kunst eine autonome, von der Gesellschaft isolierte Enklave bildet und von dieser isolierten Sphäre aus die Gesellschaft den-

noch beeinflussen könnte. Solche Autonomie lässt gerade Adornos Theorie der total durchorganisierten Gesellschaft nicht zu.

Man hat den Eindruck, dass der alte Emanzipationsglaube vom Proletariat auf die Kunst übertragen wurde und dass die darauf gegründete Hoffnung ebenso falsch angelegt ist. Der ästhetische Messianismus muss so unerfüllt bleiben wie einst der revolutionäre. Während Adorno den Vorrang der Ästhetik verkündete, wandte Horkheimer sich, stark von Schopenhauer beeinflusst, religiösen Betrachtungen zu. «Die Sehnsucht nach vollendeter Gerechtigkeit», so schrieb er, könne «in der säkularen Geschichte niemals verwirklicht werden; denn selbst wenn eine bessere Gesellschaft die gegenwärtige soziale Unordnung ablösen würde, wird das vergangene Elend nicht gutgemacht und die Not in der umgebenden Natur nicht aufgehoben⁸.» Im Sinne des jüdischen Gebots war für Horkheimer Gott das «Nicht-Denkbar unserer Sehnsucht».

Die Kritische Theorie wollte Philosophie und Soziologie in einer Einheit zusammenfügen, als Doktrin sollte sie unsere Epoche adäquat wiedergeben. Das war nicht zu erreichen. Aber zu ihrer Grösse gehört es, die Einsicht zu vermitteln, weshalb das unmöglich war. Sie zerfiel in Teile, die einzeln zur Kenntnis genommen werden müssen, ohne dass man nach einem gemeinsamen Nenner illusorisch Ausschau hielte. Es gab keine Kritische Theorie, wohl aber einzelne Theoretiker, die verschiedene Wege gingen und unterschiedliche Antworten gaben. Adorno, Horkheimer, Benjamin, Marcuse müssen jeder für sich gelesen und bedacht werden, ohne dass es nö-

tig ist, sie auf den Werbespruch «Kritische Theorie» zu beziehen. Jeder von ihnen stellt eine geistige Welt dar mit eigenen Motiven und Zielen, der Zusammenhalt ist da vielfach künstlicher Natur, er vermag eher zu blenden als zu erhellen. Die postulierte Gemeinsamkeit erlaubt unter anderem, die Differenzen zu erkennen. Und dies ist lehrreich genug. Der Versuch, eine einheitliche Theorie zu erbringen, scheiterte. Die Grösse der Kritischen Theorie ist in Fragmenten enthalten, bis in ihre Fragwürdigkeiten hinein sind sie erhellend. Ungeschminkt tragen sie die Male geistiger Erfahrung, der Hoffnung, der Verzweiflung, der Trauer und des Schmerzes. Solcherart sind sie eine erstaunliche Quelle des Wissens und der Belehrung. «Das Ganze ist das Unwahre», hat Adorno gegen Hegel geäußert. Ähnliches gilt für die Kritische Theorie. Nicht in der Totalen fördert sie Wahrheit, sondern in den Fragmenten und in den Splintern von Fragmenten.

Heinz Abosch

¹ Theodor W. Adorno: Drei Studien zu Hegel. Suhrkamp, Frankfurt 1963, S. 163. – ² Martin Jay: Dialektische Phantasie. Fischer, Frankfurt 1976, S. 66. – ³ Max Horkheimer: Notizen 1950 bis 1969 und Dämmerung. Fischer, Frankfurt 1974, S. 252. – ⁴ Herbert Marcuse: Kultur und Gesellschaft I. Suhrkamp, Frankfurt 1965, S. 55. – ⁵ Theodor W. Adorno: Prismen. Kulturkritik und Gesellschaft. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1963, S. 55. – ⁶ Max Horkheimer / Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. Querido, Amsterdam 1947, S. 267. – ⁷ Theodor W. Adorno: Stichworte. Kritische Modelle 2. Suhrkamp, Frankfurt 1969, S. 173. – ⁸ Max Horkheimer: Die Sehnsucht nach dem ganz Anderen. Furcht, Hamburg 1970, S. 69.